

Frank Eckardt

Frankreichs Schwierigkeiten mit den Banlieue

Keine zwei Jahre nach den bislang schwersten Vorstadtunruhen hat Frankreich einen neuen Präsidenten und ein neues Parlament gewählt. Schon seit dem Jahr 2002 befand sich das politische System des Landes in einer ernsten Krise, als jeder dritte Jungwähler – und besonders viele Bewohner der Großstadt-Vororte (*Banlieue*) – sich nicht an den Wahlen beteiligte.

Jacques Chirac und Jean-Marie Le Pen schienen als Präsidentschaftskandidaten keine wirkliche Alternative zu bieten. Nach gewalttätigen Unruhen in Straßburg im Jahr 2004 erreichten die Auseinandersetzungen in den Banlieue im November 2005 ein nie gekanntes

Ausmaß und zum ersten Mal seit dem Algerienkrieg wurde der Notstand ausgerufen. Die „Krise der Repräsentation“ bei den Wahlen 2002, bei denen die Wahlbeteiligung teilweise auf das Niveau von 1870 zurückgefallen war, schien sich nun in Gewalt und Zerstörung fortzusetzen. Da an den Ausschreitungen vor allem Einwanderer der zweiten Generation beteiligt waren, gerieten das ganze französische Modell der Integration und sein republikanischer Gleichheitsanspruch in die Kritik. Obgleich diese Aufstände zum Teil medial verzerrt dargestellt wurden, verdeutlichten sie in jedem Fall, dass Frankreich trotz offensichtlicher Bemühungen in den letzten dreißig Jahren die Probleme der Banlieue nicht gelöst hat.

Frank Eckardt

Dr. rer. pol., geb. 1967; Inhaber des Alfred Grosser-Lehrstuhls für Politikwissenschaften, Science Po Paris; Juniorprofessor für Soziologie, Institut für Europäische Urbanistik, Bauhaus-Universität Weimar, Bauhausstr. 7b, 99421 Weimar. Frank.Eckardt@archit.uni-weimar.de

Die Ereignisse des November 2005

Die Aufstände (*Émeutes*) beginnen am 27. Oktober 2005. Bouna Traoré (15 Jahre) und Zyed Benna (17) sterben durch Elektroschock

an einer Trafostation, wohin sie vor einer Polizeikontrolle fliehen wollten. Ein dritter Jugendlicher, Muhtin Altun, erleidet schwere Verletzungen.¹ Die Nachricht von diesem tragischen Unfall verbreitet sich sehr schnell, und schon am selben Abend kommt es zu gewaltsamen Auseinandersetzungen in Clichy – Autos und Geschäfte werden in Brand gesetzt. Am darauf folgenden Wochenende werden in den benachbarten Vororten von Paris ähnliche Brandanschläge verübt. Bis Anfang November schließen sich weitere Jugendliche in den westlichen und südlichen Pariser Banlieue den Unruhen an. Bis dahin waren es vor allem kleine Gruppen von Jugendlichen, die sich mit Polizisten Auseinandersetzungen lieferten, und nur vereinzelt kam es wie in Aulnay-sous-Bois zu größeren Versammlungen von Bewohnern. Teilweise versuchten auch andere Banlieue-Bewohner, die Jugendlichen zu beschwichtigen. Der 4. und 5. November 2005 können in dieser Hinsicht als der Zeitpunkt verstanden werden, an dem die *Émeute* das ansonsten beobachtbare Muster ähnlicher Ausschreitungen aus der Vergangenheit durchbrach. Im Gegensatz zu früheren Aufständen folgten einer ersten spontanen Welle der Wut zwei weitere Phasen. In diesen breiteten sich die Unruhen in der Pariser Region aus, in der nachts in 24 Vorstädten bis zu 500 Autos in Brand gesteckt wurden. Schließlich schlossen sich Jugendlichen in mehr als 200 Banlieue im ganzen Land der Émeute an.² Bis zum Ende der Unruhen wurden über 9 000 Autos angezündet, in der Nacht auf den 7. November allein 1 408. Am 8. November verkündete die Regierung den Notstand bis zum 20. November und verlängerte ihn anschließend um weitere drei Monate.

Die Logik der Ausbreitung kann auf eine medial geführte Auseinandersetzung zwischen dem damaligen Innenminister und heutigen Staatspräsidenten Nicolas Sarkozy mit den Jugendlichen der Vorstädte zurückgeführt werden. Sarkozy bezeichnete während eines Vorortbesuchs am 4. November, als er zu einer verängstigten älteren Bewohnerin sprach, die aufständischen Jugendlichen vor

¹ Die Darstellung der Ereignisse folgt weitgehend Hugues Lagrange, *Autopsie d'une vague d'émeutes*, in: Ders./Marco Oberti (Hrsg.), *Émeutes urbaines et protestations*, Paris 2006.

² Vgl. auch Laurent Mucchielli, *Introduction générale*, in: Ders./Véronique Le Goaziou (Hrsg.), *Quand les banlieues brûlent*, Paris 2006.

laufenden Kameras als „Gesindel“. Am 7. November kündigte der Minister weitere polizeiliche Maßnahmen an, um die allgemeine Sicherheit wieder herzustellen. Die Jugendlichen wurden dabei als Kriminelle dargestellt. In einem Interview im Dezember 2005 meinte Sarkozy, er wisse, dass 70 Prozent dieser „Leute“ bereits eine kriminelle Vergangenheit hätten.³

Die vorliegenden Analysen unterstützen diese Sichtweise nicht: Von den im November 2005 angehaltenen 3 101 Personen wurden 562 Erwachsene verhaftet. Von den aufgegriffenen Jugendlichen war lediglich ein Drittel bereits „polizeibekannt“.⁴ Diese polizeilichen Statistiken sind jedoch nicht vorurteilsfrei, da erstens durch eine erhöhte Häufigkeit der Polizeikontrollen die Wahrscheinlichkeit, durch die Polizei registriert zu werden, in den Banlieue erheblich höher ist, und weil zweitens diese Meldungen auch ohne weitere Strafverfolgung beibehalten werden. Auf diese Weise wird durch die Polizeistatistik eine Delinquentengruppe konstruiert, die nicht das wirkliche Profil der Aufständischen wiedergibt. Die Aufständischen des November 2005 waren durchschnittlich zwischen 15 und 20 Jahre alt. Sie entstammen überdurchschnittlich armen Familien. Wie eine Statistik aus Saint-Denis zeigt, ist jeder Vierte von ihnen frühzeitig von der Schule abgegangen, und nur 44 Prozent aller aufgegriffenen Jugendlichen waren noch auf die eine oder andere Weise im Bildungssystem integriert.⁵

Problemgebiet Banlieue

Die Banlieue sind für viele zu einem Synonym für vielfältige Problemlagen geworden. Die Konstruktion großer Hochhaussiedlungen am Rande der Stadt geht auf die naturalistische Philosophie des Architekten Le Corbusier zurück, der die Stadt in deutlich getrennte Lebensräume (Wohnen, Arbeiten, Verkehr, Freiraum) gliedern wollte.⁶ Im Frankreich der Nachkriegszeit herrschte ein erheblicher Bedarf an günstigem Wohnraum. Durch die Hochhaussiedlungen sollte zudem ein – ein der langen Phase des wirtschaftli-

³ Vgl. *Libération* vom 9. 12. 2005.

⁴ Vgl. H. Lagrange (Anm. 1), S. 47.

⁵ Vgl. *Le Parisien* vom 12. 1. 2006.

⁶ Zur Geschichte der Banlieue vgl. Thibault Tellier, *Le temps des HLM 1945–1975*, Paris 2007.

chen Aufschwungs entsprechendes – optimistisches und modernes Gesellschaftsbild gespiegelt werden. Im Jahr 1952 wurden die ersten der 2 000 Wohnungen in Marseille fertig gestellt. Es folgte der Bau ähnlicher Hochhaussiedlungen (HLM) in ganz Frankreich, die als sozialer Ausgleich zum privaten Wohnungsbau und als Schmelztiegel für eine neue, gerechtere Gesellschaft angesehen wurden.¹⁷

Statt dessen entwickelten sich die Banlieue alsbald zu einem sozialen Brennpunkt. Die zunächst ansässigen weißen Franzosen verließen, soweit es ihnen möglich war, die Vororte, und die Hochhaussiedlungen wurden vorzugsweise durch Einwandererfamilien bezogen. In politischer Hinsicht setzte damit ein Erosionsprozess des zumeist kommunistischen Arbeitermilieus in den Banlieue ein. Mit dem Entstehen der strukturellen Arbeitslosigkeit ab dem Jahr 1973 wurden die Vororte in relativ kurzer Zeit zu Zentren der Armut und ethnischer Diversität. Während im Jahr 1976 zum Beispiel in La Noë de Chanteloup-les-Vignes noch zwei Drittel aller Einwohner französischer Herkunft waren, verkehrte sich das Verhältnis spiegelbildlich bis zum Jahr 1987.¹⁸

Nach offizieller Lesart leben heute ca. fünf Millionen Franzosen in „Problemgebieten“ (ZUS – Zone Urbaines Sensibles), womit zumeist Banlieue gemeint sind.¹⁹ Als Kriterium für eine Einstufung als ZUS gilt eine überdurchschnittlich hohe Arbeitslosigkeit und ein geringes Bildungsniveau. Im Jahr 2004 war die Arbeitslosenquote in den ZUS mit 20,7 Prozent doppelt so hoch wie im nationalen Durchschnitt. Für die Jugendlichen unter 25 Jahre lag sie sogar bei 36 Prozent. Das Durchschnittseinkommen liegt in der Banlieue bei 10 540 Euro, während es ansonsten in Frankreich 17 184 Euro beträgt. In der Pariser Metropolregion (Île-de-France) lebt jeder Jugendliche unter 20 Jahren in einer ZUS-Nachbarschaft. Die soziale Benachteiligung der Bewohner, die ethnische Vielfalt, in-

frastrukturelle Unterentwicklung und politische Vernachlässigung amalgamieren in den Banlieue zu einer gesellschaftlichen Problemlage, in der Rassismus, Gewalt und Unsicherheit einen besonderen Nährboden haben.¹⁰ Schon in den 1970er Jahren wurde deutlich, dass das Verhalten, das Polizei-, U-Bahn- und Eisenbahnbeamte sowie Lehrer und Vertreter anderer öffentlicher Institutionen gegenüber Jugendlichen bezüglich ihrer ethnischen Herkunft an den Tag legen, von großer Bedeutung für die Entstehung gewaltsamer Ausschreitungen ist.¹¹

Der Sicherheitsdiskurs

Das Bild des kriminellen Jugendlichen aus den Banlieue, den so genannten „Jeunes de Cité“, hat eine erhebliche politische Relevanz erhalten. Sie geht auf eine omnipräsente mediale Verbreitung dieses Stereotyps zurück.¹² Ein beeindruckendes Beispiel für die entscheidende Bedeutung, welche die Fokussierung auf die Kriminalität erhalten hat, ist der Wahlkampf des Jahres 2002. Die rechten Kandidaten reduzierten die komplexe Problemlage der Banlieue auf den Sicherheitsaspekt und die Kriminalitätsbekämpfung und erzielten damit bei den Wahlen Rekordergebnisse.

Insbesondere das Phänomen der Bandenkriminalität begründet die Furcht vieler Franzosen und erregt immer wieder spektakulär Aufmerksamkeit. Dies wird zudem im Zusammenhang mit illegalen Einwanderern und mit dem Drogenhandel diskutiert. Sicherheitsexperten berichten, es gebe eine sich zunehmend entwickelnde Untergrundökonomie, die sich nach mafioser Art organisiere.¹³ Dabei werde eine Transformation vom Gelegenheitskriminellen zum professionellen Teilhaber am illegalen „bizness“ (Business) vollzogen. Diese Professionalisierung beruhe auf einem hohen Maß an sozialer Zustimmung durch das lokale

¹⁷ Vgl. Hervé Viellard-Baron, *Sur l'origine des grands ensembles*, in: Frédéric Dufaux/Annie Fourcaut (Hrsg.), *Le Monde des grands ensembles*, Grane 2004.

¹⁸ Vgl. Raymond Curie, *Banlieue et violences urbaines: les orientations associatives et militantes confrontées aux limites de la politique de la ville et de l'intervention sociale*, in: *ContreTemps*, 13 (2005), S. 122–132.

¹⁹ Vgl. Christophe Souleze, *Les violences urbaines*, Toulouse 2006.

¹⁰ Vgl. Stéphane Beaud/Michel Pialoux, *Violences urbaines, violence sociale: genèse des nouvelles classes dangereuses*, Paris 2003.

¹¹ Als symbolische Gewalt; vgl. dazu Pierre Bourdieu/Jean-Claude Passeron, *Grundlagen einer Theorie der symbolischen Gewalt*, Frankfurt/M. 1973.

¹² Vgl. Eric Macé/Angela Pervala, *Violences urbaines en France: une construction politique et journalistes*, in: *Cahiers de la sécurité intérieure*, 40 (2000) 2, S. 137–150.

¹³ Vgl. Lucienne Bui-Trong, *Violences urbaines: des vérités qui dérangent*, Paris 2000.

Milieu und sei kulturell eingebettet in eine „Bohème populaire“, die den Jugendlichen in vieler Hinsicht ein Zuhause biete. Die soziale Reorganisation der Banlieue vollziehe sich in Anlehnung an US-amerikanische Beispiele, die in bewusster Abgrenzung gegenüber Frankreich kulturell nachgeahmt würden. Graffiti, Rap und der Habitus der Afroamerikaner hätten eine symbolische Übereinstimmung zur Folge, die ein Gefühl von Gemeinschaft hervorrufe und als „Neo-Kommunitarismus“ verstanden werden könne.¹⁴

Die staatliche Reaktion auf das Entstehen dieses Milieus beschränkt sich hingegen auf deren kriminelle Aspekte. Mit einem Dekret vom 15. Mai 2002 wurde vom nationalen Sicherheitsrat (CSI) eine neue Philosophie für die Sicherheitskräfte eingeführt, die eine schnelle und angemessene Reaktion auf städtische Gewalt in den Vordergrund stellt. Als einziges Ziel polizeilichen Handelns wird nur noch die Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung vorgegeben. Eingreifpläne sollen vor allem sicherstellen, dass aufgegriffene Personen schnellstmöglich vor Gericht gestellt und verurteilt werden können. In der darauf folgenden Restrukturierung der Sicherheitskräfte wurden insgesamt 70 000 Mitarbeiter den unterschiedlichen Spezialeinheiten für städtische Gewalt wie den „Compagnies d'Intervention“ (CI), den „Groupes d'Intervention“ (GI), den „Brigades de Sûreté Urbaine“ (BSU), den „Brigades Anticriminalité“ (BAC), den „Groupes d'Intervention de la Police Nationale“ (GIPN), den „Compagnies Républicaines de Sécurité“ (CRS) und den „Escadrons de Gendarmes Mobiles“ (EGM) zugeordnet. Die zum Teil unverhältnismäßig starke Präsenz der Sicherheitskräfte in den Vorstädten wirkt auf viele Jugendliche provozierend und verbreitet paradoxerweise deshalb ihrerseits Unsicherheit und Angst.¹⁵

Nicolas Sarkozy personifiziert wie kein anderer eine auf Härte gegenüber den randalierenden Jugendlichen ausgerichtete Politik. Sicherheit war nach Umfragen auch in den Wahlen 2007 das wichtigste Wahlkampfthema, und Sarkozy sprachen die Befragten hier-

bei die größte Kompetenz zu. Er wolle mit dem Hochdruckreiniger die Vorstädte von diesem „Gesindel“ säubern, so der immer wieder zitierte Satz des heutigen Präsidenten. Auch bei seinen wenigen, wohl inszenierten Besuchen in den Banlieue im Wahlkampf 2007 unterstrich er, dass er diese Wortwahl nicht zurücknehme. Die hohe Wahlbeteiligung bei den Präsidentschaftswahlen, insbesondere in den Banlieue, erklärt sich daraus, dass viele Vorortbewohner Sarkozy mit ihrer Stimme für die Gegenkandidatin Ségolène Royal verhindern wollten.

Dessen ungeachtet hat Sarkozy sich mit seinem Slogan „Zusammen ist alles möglich“ in gewisser Weise geläutert und sich für die Fragen sozialer Ungleichheit nicht unsensibel gezeigt. Programmatisch hat dies bei ihm in der Ankündigung eines Marshall-Plans – 750 000 Jobs für die Banlieue, Einführung der „Positiven Diskriminierung“ für die Einwandererkinder – seinen Ausdruck gefunden. Symbolisch wird diese Sensibilisierung für die Banlieue auch nach dessen Amtsantritt sichtbar, als Sarkozy Vertreter der ethnischen Minderheiten – vor allem Fadela Amara, die Vorsitzende der Organisation „Ni putes ni soumises“ (Keine Huren, keine Unterwürfigen), die sich besonders in den Banlieue engagiert – in Ämter berufen hat.

Versagen der Stadtpolitik

Die heutige Dominanz des Sicherheitsdiskurses ist die Konsequenz einer weitverbreiteten Frustration gegenüber der zunächst sozial ausgerichteten politischen Antwort auf die Probleme der Banlieue, die als ergebnislos angesehen wird. Als Reaktion auf die Problemkonzentration in den Vorstädten wurde in den achtziger Jahren die so genannte „Politique de la ville“ (Stadtpolitik) etabliert.¹⁶ Nach ersten Unruhen zu jener Zeit forderten zwei Untersuchungsberichte (Bonnemaïson und Dubeout) und die Versammlung der Bürgermeister, dass den Banlieue besondere Aufmerksamkeit im staatlichen Handeln zukommen solle. Hierfür wurde eine Philosophie der Prävention, Solidarität und der Jugendpolitik formuliert. Die Evolution der „Stadtpolitik“ in den folgenden zwei Jahrzehnten führte zu ihrer

¹⁴ Vgl. Gérard Mauger, *Les bandes, le milieu et la bohème populaire*, Paris 2006.

¹⁵ Vgl. Marwan Mohammed/Laurent Mucchielli, *La police dans les quartiers populaires: un vrai problème!*, in: *Mouvements*, 44 (2006), S. 58–66.

¹⁶ Vgl. u. a. Marie-Christine Jaillet, *La politique de la ville en France: histoire et bilan*, in: *Documentation Française* 2003.

verstärkten institutionellen Verankerung, insbesondere mit der Einrichtung eines speziellen Ministeriums und einer interministeriellen Kommission für die Beziehungen zwischen Staat und Kommune. Nach den Ausschreitungen im Jahr 1990 erhöhte der Staat seine Zuwendungen für die Stadtpolitik und beschloss die Dezentralisierung der Budgets und eine Präferenz für die Jugendhilfe. Um Planungssicherheit zu erhalten, wurden ab dem Jahr 2000 die Projekte der Stadtpolitik durch siebenjährige Verträge bekräftigt. In den Jahren von 1994 bis 2001 wurden 29,1 Milliarden Euro – dies entspricht zehn Prozent der Gesamtausgaben der betreffenden kommunalen Haushalte – im Rahmen der „Politique de la ville“ ausgegeben.¹⁷

Die Frage, warum es trotz dieser intensiven sozialstaatlichen Interventionen zu den Ereignissen des November 2005 gekommen ist, lässt sich nur im Zusammenhang mit der der Stadtpolitik zugrunde liegenden Programmlogik diskutieren. Die französische Stadtpolitik jagt der Wunschvorstellung einer idealen Gesellschaftsordnung nach, von der „gemischten Stadt“ und einem „gemeinsamen Zusammenleben“, die für die tatsächlichen Problemdimensionen einer fragmentierten Gesellschaft nicht angemessen erscheint.¹⁸ Die Vorstellung der sozialen Mischung und Kohäsion hat in der französischen Politik einen festen Platz und bezieht sich auf einen gesellschaftlichen Konsensus, der in kleinen Städten und überschaubaren Gemeinschaften, nicht aber in kulturell heterogenen und konfliktreichen Großsiedlungen anwendbar ist. Die ursprüngliche städtebauliche Konzeption für die HLM sah deshalb eine Beschränkung auf Wohneinheiten bis 3 000 Einwohner vor, in denen soziale Vielfalt herrschen sollte. In Anbetracht der Schwierigkeit des politischen Systems, mit den sozialen Herausforderungen durch die Restrukturierung der Arbeitswelt – insbesondere der Langzeitarbeitslosigkeit und der Flexibilisierung der sozialen und rechtlichen Arbeitsverhältnisse – umzugehen, kann diese Romantisierung der lokalen Dimension von sozialer Gleichheit auch als eine Krisenreakti-

¹⁷ Vgl. Patrick Simon/Jean-Pierre Lévy, *Questions sociologiques et politiques sur la „mixité sociale*, in: *ContreTemps*, 13 (2005), S. 83–92.

¹⁸ Vgl. Dominique Damamme/Bruno Jobert, *La politique de la ville ou l'injonction contradictoire en politique*, in: *Revue Française de Science Politique*, 45 (1995) 1, S. 3–30.

on des politischen Systems verstanden werden. Offensichtlich stehen dem französischen Staat kaum noch andere Steuerungsmöglichkeiten gesellschaftlicher Prozesse zur Verfügung, weshalb die Städtepolitik diesen Einflussverlust kompensieren soll.¹⁹ Staatliche Interventionen mit der auf bauliche Maßnahmen bezogenen Erneuerung der Stadtteile simplifizieren in dieser Weise die Komplexität der gesellschaftlichen Probleme. Hierbei sind die städtebaulichen Programme als politische Strategien zu verstehen, die in das sozial-kulturelle Gefüge der Banlieue eingreifen. Die externe Intervention in die Vorstädte missachtet Aktivitäten, welche die Banlieue-Bewohner selbst gegen die Verschlechterung der Lebensumstände in den betreffenden Gebieten unternehmen. Hierzu zählen Bemühungen von Selbsthilfeorganisationen, eine Aneignungsstrategie für den öffentlichen Raum der Banlieue zu entwickeln und die Konfliktsituation zwischen den Jugendlichen und anderen Bewohnern zu überwinden.²⁰

Als Nebeneffekt dieser Verräumlichung der sozialen Frage findet eine Fixierung von Personen auf ihren Herkunftsort statt. Diese ergibt sich in Bereichen der städtebaulichen Umsetzung, in denen eine soziale Arbeitsteilung kultiviert wird, in der die „weißen“ Franzosen die Projektplanung und die hochwertigeren Arbeiten dominieren, während die schlechtbezahlten Jobs für die weniger qualifizierten Bewohner mit Migrationshintergrund übrig bleiben.²¹ Die Städtepolitik fördert daher eine subtile Ethnisierung, die nicht in der Programmatik, aber in deren Realisation zum Ausdruck kommt.²² Sie stellt eine interventionistische Politik dar, die einer weitverbreiteten dualistischen Denkstruktur von „Wir/Sie“ folgt und die vorhandenen gesellschaftlichen Spaltungen nach ethnischen Kriterien zuordnet.²³

¹⁹ Vgl. Simon Wuhl, *Insertion: les politiques en crise*, Paris 1998.

²⁰ Vgl. Michel Giroud, *Résister en habitant: les luttes dans des quartiers populaires à l'épreuve du renouvellement urbain*, in: *ContreTemps*, 13 (2005), S. 49–58.

²¹ Vgl. Bertrand Ravon, *Nouveaux emplois de l'intervention sociale urbaine*, in: *Veil-Enjeux*, 124 (2001), S. 68–80.

²² Vgl. Patrick Simon, *La ville de Montreuil et l'immigration*, in: *Villes Lumières*, 42 (1994), S. 23–44.

²³ Vgl. Edgar Maurin, *Le Ghetto française: enquête sur le séparatisme social*, Paris 2004.

Die Linke und die Banlieue

Obwohl die Stadtpolitik von einem breiten Konsens getragen wird, gilt sie als ein Kind der Linken. In der Regierungszeit der pluralen Linken (1997 bis 2002) erfolgte deshalb ihre couragierte Wiederbelebung. Als Reaktion auf den sich verstärkenden Sicherheitsdiskurs in der Öffentlichkeit vollzog der sozialistische Premierminister Lionel Jospin mit der Einführung der Lokalen Sicherheitsübereinkünfte (CLS) eine Trendwende in der „Politique de la ville“. Dabei wollte sich die Regierung aber von einer autoritären Sicherheitsdoktrin verabschieden und eine „Polizei der Nähe“ etablieren. Diese Politik ist allerdings nicht kohärent umgesetzt worden. Der damalige Innenminister unterlief das Anliegen Jospins. Innerhalb der Polizei formte sich erheblicher Widerstand. Die größte geplante Polizeireform der vergangenen fünfzig Jahre scheiterte an dem Selbstverständnis der Polizisten, die eine Rolle als Sozialarbeiter ablehnten. Das Misslingen der Reformen trug zu dem Eindruck bei, die Linke könne keine Sicherheit garantieren.¹²⁴ Diese Wahrnehmung war ausschlaggebend für das Scheitern Jospins als Präsidentschaftskandidat im Jahr 2002 und wirkt bis heute nach.

Im Wahlkampf 2007 bemühten sich die linken Kandidaten, besondere Nähe zu den Banlieue zu demonstrieren. Insbesondere die Sozialistin Ségolène Royal besuchte viele Großsiedlungen und wurde dort oft mit viel Sympathie empfangen. In Banlieue wie Saint-Denis gewann Royal die absolute Mehrheit. Dennoch besteht zwischen der französischen Linken und den Banlieue kein einfaches Verhältnis. Sie konkurriert vor allem auch mit der Front National, die seit den neunziger Jahren von der klassischen Wählerschicht der Linken, den Arbeitern, die meisten Stimmen erhält. Sozial verankert ist die Parti Socialiste (PS) vor allem in den innerstädtischen Quartieren.

Den Rückhalt in den Banlieue hat vor allem die kommunistische Partei (PCF) verloren. Deren ehemals starke politische Stellung beruhte auf einer kultivierten Dualisierung zwischen „uns“ (die Bewohner der Banlieue) und „denen“ (der Politik). Ab den

neunziger Jahren schlug dieser Dualismus auf die Kommunisten zurück: Durch die fehlende Gemeinsamkeit vor allem mit den Jugendlichen, den Familien mit Einwanderungshintergrund und den unter prekären Lebensumständen Lebenden wurde der Automatismus der (Wahl-)Zustimmung für die PCF außer Kraft gesetzt, vielmehr wurden die Kommunisten nun als Teil des politischen Systems angesehen. Hatte das linke Milieu der Vorstadt mit seinem Vereinswesen noch einen integrativen Effekt auf das soziale Leben der Arbeiter, verstörte der Einzug der Immigranten dieses nachhaltig. Da die Linke glaubte, die Wohnlage der sozial Schwächsten vor allem durch die Förderung von HLM-Wohnungsbau verbessern zu können, sind insbesondere jene Vorstädte zu Problemorten mutiert, in denen die Linken die Stadtführung stellten.

Die Kinder der Einwanderer haben durch den Rassismus der Alteingesessenen Schwierigkeiten, in den Kinder- und Jugendvereinen Aufmerksamkeit für ihre besondere Situation zu erhalten.¹²⁵ Dies führte zu einer politischen Sozialisation, die vor allem durch das aktive Suchen der Einwandererkinder nach alternativen Handlungsoptionen gekennzeichnet ist (Abwanderung, Assimilation, neue Gemeinschaftsformen). Seit Beginn der achtziger Jahre haben sich soziale Bewegungen in den Banlieue herausgebildet, die sich unabhängig von den bestehenden linken Parteien organisierten. Das Verhältnis zwischen den Vertretern der Linken und den Aktivisten der zweiten Einwanderergeneration entwickelte sich alsbald problematisch. Die Lokalpolitiker thematisierten die Probleme in den Banlieue mit einem Vokabular, welches ihnen die Aufmerksamkeit der nationalen Politik sicherte. Mit deren Philosophie der „Rückgewinnung“ der Banlieue wurde der Selbstorganisationsanspruch der lokalen Aktivisten negiert. Die Folge war eine nachhaltige Entmutigung der Aktivisten aus den Reihen der Immigranten, denen materielle und symbolische Gratifikationen für ihr Engagement verweigert wurden. Das Erstarken islamischer Subkulturen, welche die Stigmatisierung der maghrebini-schen Banlieue-Bewohner in der Weise nutzen, dass sie ihre Gemeinschaft durch eine explizite Abgrenzung von der französischen

¹²⁴ Vgl. Sebastian Roché, *Police de proximité. Nos politiques de sécurité*, Paris 2005.

¹²⁵ Vgl. Olivier Masclet, *La Gauche et les cités, enquête sur un rendez-vous manqué*, Paris 2003.

Kultur definieren, ist auch eine Konsequenz dieses politischen Entfremdungsprozesses.

Ghettoisierung der Banlieue?

Insbesondere von Linken wird dem Sicherheitsdiskurs eine Analyse der Banlieue gegenübergestellt, die mit der Vorstellung einer auseinander brechenden Gesellschaft einhergeht. Diese greift eine weit verbreitete Angst vor dem „Sozialen Bruch“ auf, den Jacques Chirac nach seiner ersten Präsidentenwahl (1995) thematisierte. Demnach steht den französischen Vorstädten eine Ghettoisierung nach US-amerikanischen Beispiel bevor. Trotz großer Unterschiede in der Beurteilung der realen Gefahr der Ghettoisierung, die auch Nicolas Sarkozy beschworen hat, betonen Autoren wie Loïc Wacquant und Jacques Donzelot wichtige Unterschiede in der amerikanischen und französischen Situation, wobei sie die Bedeutung des Staates bei der sozialen Konstruktion der Vorstädte unterstreichen.¹²⁶

Gemeinsam ist den politischen und intellektuellen Ghetto-Diskursen dennoch, dass sie von einer städtischen Transformation ausgehen, bei der sich der Übergang eines affiliierten (eingebundenen) zu einem desaffiliierten (abgespaltenen) und desorganisierten gesellschaftlichen Raum abzeichnet. Bisher habe es eine zweifache Affiliation der Banlieue mit der Gesellschaft gegeben, nämlich durch die ähnliche Einkommensstruktur wie auch politisch durch sozio-kulturelle Gemeinschaftsorganisation. Auf diese Weise konnte ein sozialer Frieden für ganz Frankreich aufrechterhalten werden, der sich trotz sozialer Benachteiligungen und Widersprüche bewährte.

Dieser Integrationsmodus geriet in eine Krise. Die Vorstädte wurden in den neunziger Jahren von einer strukturellen Arbeitslosigkeit erfasst, die jeden fünften arbeitsfähigen Bewohner betraf. So kam es, dass heute etwa ein Drittel aller Bewohner in den Banlieue unter prekären Umständen lebt. 65 Prozent der Bewohner arbeiten mit zeitlich unbefristeten Arbeitsverträgen. Die Desaffiliation setzt

¹²⁶ Vgl. Loïc Wacquant, *Les visages du ghetto. Construire un concept sociologique*, in: *Actes de la recherche en sciences sociales*, 160 (2005), S. 5–21; Jacques Donzelot, *Quand la ville se défait*, Paris 2006.

ein, weil die internen und externen Affiliationsmechanismen nicht mehr ineinander greifen: Die gemeinsame Position in der Arbeits- und Einkommensstruktur schwindet, was zu Effekten des geringeren sozialen Zusammenhalts und der Entsolidarisierung führt, mithin zu einer sich kulturell und symbolisch ausprägenden Ausdifferenzierung der Lebensstile. Politische Artikulation wird so wegen fehlender Gemeinsamkeiten unmöglich gemacht.

Aus dieser Desorganisation ergeben sich sozio-kulturelle Konflikte, die sich in Alltagsdelinquenz äußern und von Seiten der Stadt, der Polizei und der Politik als Auseinandersetzungen mit dualer Frontstellung wahrgenommen werden. Sie basieren auf unterschiedlichen Normvorstellungen der Bewohner. Noch immer ist die Normenwelt der alten Arbeiter aufzufinden, die heute nicht mehr in der Lage sind, ihre Regeln und Vorstellungen durchzusetzen. Sie sind es, die besonders unter der Stigmatisierung ihrer Stadtviertel leiden. Die Jugendlichen wiederum sind nicht in der Lage, dieses Stigma zu bewältigen, obwohl sie den öffentlichen Raum okkupieren. Dieser Normenkonflikt ist nicht durch externe Intervention aufzulösen – im Gegenteil: Die Repression schafft einen Teufelskreis der Gewalt. Die Desaffiliation spiegelt sich insbesondere in der Distanz zu den politischen Institutionen wider, vor allem in Bezug auf die lokalen Autoritäten.¹²⁷

Gegen einen Diskurs, der vor allem die Polarisierung der französischen Gesellschaft in den Vordergrund der Analyse stellt, wurden von der empirischen Sozialforschung wichtige Einwände geltend gemacht. Marie-Hélène Bacqué und Yves Sintomer bezweifeln die Terminologie der „Desorganisation“ als adäquate Beschreibung der sozialen Wirklichkeit der Banlieue.¹²⁸ Sie bestätigen aufgrund ihrer Forschungen vielmehr die Theoretisierung der „Metamorphosen des Sozialen“, wie sie von Robert Castel ausgearbeitet wurde.¹²⁹ Castel hat, vereinfacht gesagt, die Beziehung der Individuen zur Gesellschaft analysiert

¹²⁷ Vgl. Isabelle Coutant, *Délict de jeunesse. La justice face aux quartiers*, Paris 2005.

¹²⁸ Vgl. Marie-Hélène Bacqué/Yves Sintomer, *Affiliations et désaffiliation en banlieue. Réflexions à partir des exemples de Saint-Denis et d'Aubervilliers*, in: *Revue Française de Sociologie*, 42 (2001) 2, S. 217–249.

¹²⁹ Robert Castel, *Die Metamorphosen der sozialen Frage*, Konstanz 2000.

und hierbei die Einbettung der Arbeiter in eine soziale Ordnung beschrieben, die durch staatliche Rahmgebung ermöglicht wurde. In der postindustriellen Gesellschaft wird diese staatlich-ökonomische Konstruktion des Sozialen aufgehoben. Für den Einzelnen vergrößert sich dadurch die soziale Unsicherheit.

Bezweifelt wird des Weiteren, dass das Bild von der sozialräumlichen Aufteilung zwischen reicher Innenstadt und armer Banlieue richtig ist. Segregationsanalysen weisen auf eine komplexere Entwicklungstendenz der städtischen Sozialstruktur.¹³⁰ Gemessen am Einkommen lässt sich sowohl eine wachsende Oberschicht als auch Mittelschicht, der 45 Prozent der Bevölkerung zugerechnet werden können, nachweisen. Räumlich betrachtet bemühen sich vor allem die aufsteigenden Familien um Abgrenzung, ihre Autosegregation verstärkt sich. Gleiches trifft aber auch für die klassischen Industriearbeiter zu, so dass es eine Vielzahl von Abgrenzungswünschen und ein sehr diverses Wohnmuster gibt. In vielen Stadtteilen lässt sich weiterhin ein sozialer Mix nachweisen. Die Mittelschicht hat kaum Neigungen, die Stadt zu verlassen und siedelt in der Regel in andere sozial-gemischte Quartiere um. Die fehlende Polarisierung bedeutet nicht, dass soziale Probleme nicht zunehmen, da auch die Arbeiter und Angestellten von der Verschlechterung (Prekariisierung) ihrer Lebensumstände betroffen sind. Das Hauptproblem besteht aber nicht in den Banlieue, sondern in der wachsenden Instabilität der Noch-Stabilen.

Ähnlich kritisch sehen auch andere Autoren die Fokussierung auf die Banlieue. Im Vergleich zu anderen Wohngegenden in Frankreich ist die Behauptung, dass sich die Banlieue in sozial schlechteren Zuständen als etwa altindustrielle Kleinstädte befänden, nicht aufrecht zu erhalten.¹³¹ Auch stellt sich die Frage, warum die Orte, in denen durch besonders hohe Front National-Zustimmung das politische System gleichermaßen in Frage gestellt wird, nicht die gleiche politische und

¹³⁰ Vgl. Edmund Préteceille, La Ségregation sociale a-t-elle augmenté? La métropole parisienne entre polarisation et mixité, in: Sociétés contemporaines, 62 (2006), S. 69–93.

¹³¹ Vgl. Nicole Tabard, Des quartiers pauvres aux banlieues aisées: une représentation sociale du territoire, in: Économie et Statistique, 270 (1993), S. 5–22.

mediale Aufmerksamkeit zuteil wird.¹³² Diesen Gebieten fehlt es für das politische Krisenmanagement an herausforderndem Verhalten, und trotz Wahlverweigerung weisen sie ein hohes Maß an Loyalität auf.¹³³ Die Banlieue werden deshalb bevorzugt thematisiert, weil sie sich medial als ein territoriales Problemgebiet darstellen lassen und somit die Beziehungen zwischen Staat und unzufriedenen Bürgern klarer sichtbar machen, was im Falle einer verstreuten und diffusen FN-Wählerschaft nicht möglich ist. Die staatliche Transformation Frankreichs ist durch eine Territorialisierung sozialer Probleme gekennzeichnet, um diese effektiver handhaben zu können – hierin passt auch die Logik der Effektivität politischer Kommunikation, nach der die Banlieue schlicht eine einfachere Form der Problembearbeitung darstellen.¹³⁴

Resümierend kann festgestellt werden, dass sich Frankreich in den vergangenen zwei Jahrzehnten zunehmend von den Banlieue entsolidarisiert hat. Auch die politische Linke nahm diese Vororte als ein Sicherheitsproblem wahr. Mit einer diffusen Angst vor der Ghettoisierung wird eine interventionistische Sicherheitspolitik betrieben, die durch eine hauptsächlich städtebaulich ausgerichtete Kommunalpolitik kompensiert werden soll. Die Unangemessenheit dieser politischen Bearbeitungsversuche der *Émeute* wird nicht erkennbar, da es alternative Erklärungen im politischen und intellektuellen Diskurs schwer haben, Aufmerksamkeit zu finden und sich kaum medial und für Wahlkämpfe nutzen lassen. Insbesondere die unbequeme Kritik der Aufständischen an ihrer gesellschaftlichen Position wird durch den Sicherheitsdiskurs diskreditiert. Eine Anerkennung der schwierigen Lage der benachteiligten Jugendlichen ist so nicht absehbar.¹³⁵

¹³² Vgl. Pascal Perrineau/Colette Ysmal (Hrsg.), Le vote de tous les refus. Les élections présidentielles et législatives de 2002, Paris 2002.

¹³³ Vgl. Albert Hirschman, Exit, Voice and Loyalty, Cambridge 1970.

¹³⁴ Vgl. Dominique Lorrain, La Dérive des Instruments. Les indicateurs de la politique de la ville et l'action publique, in: Revue française de Science Politique, 56 (2006) 3, S. 429–456.

¹³⁵ Vgl. Axel Honneth, Kampf um Anerkennung, Frankfurt/M. 1992.